

berichtet, auch ein Anliegen meiner Vorgängerin Frau Löhrmann. Das Problem war nur, dass es dafür im Landeshaushalt vom damaligen Finanzminister keinen einzigen Euro gegeben hat.

(Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD]: Da ging es ihr wie Ihnen!)

Heute ist die Erinnerungskultur fester Bestandteil des Landeshaushalts. Jedes Jahr profitieren viele Tausend Schülerinnen und Schüler von den Gedenkstättenfahrten, für die wir mittlerweile über 2 Millionen Euro zur Verfügung stellen.

(Beifall von der SPD und der FDP)

Ich denke, das ist ein echter und wichtiger Beitrag im Interesse der politischen Bildung und der Demokratieerziehung.

Mit dem von mir vorgestellten Einzelplan liegt Ihnen heute der bisher größte Bildungsetat in der Geschichte des Landes Nordrhein-Westfalen zur Abstimmung vor. Jeder vierte Euro des Landeshaushaltes kommt unseren Schulen zugute, denn – dies gilt auch bzw. gerade in Krisenzeiten – Investitionen in Bildung sind und bleiben Investitionen in die Zukunft unseres Landes. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Frau Ministerin. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. – Das bleibt auch so. Damit schließe ich die Debatte zum Einzelplan 05.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 17/15705, den Einzelplan 05 unverändert anzunehmen.

Es liegt zwischenzeitlich, wie Sie wissen, ein **Änderungsantrag** der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP **Drucksache 17/15694** vor. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die beiden antragstellenden Fraktionen und Bündnis 90/Die Grünen. Gibt es Gegenstimmen? – Das ist die AfD-Fraktion. – Die Enthaltungen sind demzufolge bei der SPD-Fraktion. Mit dem soeben festgestellten Abstimmungsergebnis ist der Änderungsantrag damit **angenommen**.

Wir kommen zur Gesamtabstimmung über den Einzelplan 05 – Ministerium für Schule und Bildung – in der zweiten Lesung, und zwar in der soeben von Ihnen geänderten Fassung, und nicht etwa über die Beschlussempfehlung. Wer dem in zweiter Lesung geänderten Einzelplan 05 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind CDU und FDP. Gegenstimmen? – SPD, Bündnis 90/Die Grünen und die AfD-Fraktion. Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist mit dem soeben festgestellten Abstimmungsergebnis der **Einzelplan 05 in seiner geänderten Fassung in zweiter Lesung angenommen**.

Ich rufe auf:

### **Einzelplan 06 Ministerium für Kultur und Wissenschaft**

Ich weise auf die Beschlussempfehlung und den Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 17/15706 hin sowie auf die Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP. Es handelt sich um die Änderungsanträge Drucksachen 17/15695 bis 17/15699 und 17/15715, 17/15721 und 17/15722.

Wir debattieren in den beiden Teilbereichen a) Kultur und b) Wissenschaft und Weiterbildung.

Ich rufe auf:

#### **a) Kultur**

Die Aussprache zu diesem Teilbereich eröffnet für die SPD-Fraktion Herr Kollege Bialas.

**Andreas Bialas (SPD):** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn man ehrlich ist: Inhaltlich kann man wenig meckern. Mehr kann man sich immer wünschen, aber die zusätzlichen Gelder sind alle Anerkennung wert. Daraus habe ich auch nie einen Hehl gemacht.

Wir würden die zusätzlichen Gelder anders ausgeben. Wir haben in den letzten Jahren auch mehrere Anträge vorgelegt, die Sie allesamt abgelehnt haben. Das war enttäuschend. In diesem Jahr haben wir einen Antrag gestellt – 2 Millionen Euro mehr für die Soziokultur –, den haben Sie auch abgelehnt. Auch das ist enttäuschend.

Die regierungstragenden Fraktionen haben nun weitere Änderungsanträge vorgelegt. Dabei sind auch gute Positionen. Ich kenne das auch: Sie haben als Fraktion ein bisschen Spielgeld bekommen und damit gehen Sie jetzt ein Jahr vor der Landtagswahl einkaufen. Das ist ein schönes Gefühl, das kenne ich aus 2016 auch. Man muss auch jünne künne. Es ist zwar insgesamt ein bisschen Köln-lastig, aber die Projekte sind grundsätzlich in Ordnung.

Sie legen Ihren letzten Haushalt der Legislatur vor, daher sei auch ein Resümee an dieser Stelle gestattet. Der Haushalt wuchs in fünf Jahren um über 100 Millionen Euro auf. Wir haben es damals in sieben Jahren mit deutlich weniger Steuereinnahmen auf knapp 40 Millionen geschafft. Da waren Sie schlicht gut und auch besser.

Auch das klare Bekenntnis, den Haushalt von Anfang an schrittweise zu erhöhen, war sehr gut. Auch das zeigte das vergangene Jahr: NRW ist in der Pandemie im Bereich „Kultur“ keinen für alle guten, aber für

viele im Vergleich weitaus besseren Weg gegangen. Dafür darf man dem Haus und der Hausspitze selbst auch in einer Haushaltsdebatte schlicht und ergreifend einmal danken.

(Vereinzelt Beifall von der CDU und der FDP)

Damit das hier aber nicht allzu harmonisch wird – der Applaus verschreckt mich fast ein wenig –, komme ich zurück auf meine stete Mahnung: Verantwortliche und verlässliche Kulturpolitik vollzieht sich auch und vorrangig auf dem Feld der Kommunalpolitik und der Sicherung der Handlungsfähigkeit und Ermöglichung von Spielräumen für die Kommunen.

Der vergleichsweise kleine Landeshaushalt für Kultur im Vergleich zu den Kosten, die die Kommunen, die Kirchen, die Verbände tragen, kann die Einbußen im Finanzbereich der Kommunen nicht adäquat ausgleichen.

Die Sicherung der Kommunen ist eine Voraussetzung des kulturellen Lebens in Nordrhein-Westfalen. Das hatte die rot-grüne Regierung bis 2017 begriffen und so gelebt, diese Regierung aber leider nicht.

Diese Regierung ist auf dem Weg, den armen Kommunen mittels Erhöhung der Pauschalen für alle Geld vorzuenthalten. Diese Regierung ist dabei, die bisherige Gleichbehandlung der Städte in der Berechnung ihrer Steuerlast zulasten der kreisfreien Städte aufzugeben, und gerade die sind die Hauptträger der Kultur. Das sind ca. 100 Millionen Euro im nächsten Jahr, die da verloren gehen.

Es bringt den Kommunen überhaupt nichts, wenn Sie ihnen 5 Millionen Euro abziehen, aber über die Kulturförderung beispielsweise den Theatern 100.000 Euro mehr geben.

Herr Staatssekretär Kaiser, diese Befürchtung und diese Mahnung stammt von dem Kämmerer, den wir beide kennen. Der ist nicht aus meiner Partei. Die sitzen uns im Nacken und mir auch am Hals.

Bei den sogenannten freiwilligen Leistungen geht diese Rechnung schlicht nicht auf. Sie können also gar nicht so viele Kerzen ins Theater tragen, wenn der andere Teil der Regierung den Kommunen schlicht den Strom abdreht.

Diese Regierung ist dabei, den Ausfall an Gewerbesteuern den Städten gegenüber nicht auszugleichen, sondern ihnen weitere Schulden aufzubürden. Diese Regierung spannt einen Rettungsschirm für sich, aber die Kommunen stehen nicht mit darunter. Das ist auch Gift für die Kultur.

Die derzeitigen Coronaausfälle bei den Gewerbesteuererinnahmen müssen zurückbezahlt werden. Die Spielräume bzw. das Fehlen der Spielräume für Kultur in den Städten in den nächsten Jahren kann man sich leicht ausrechnen.

Während insbesondere durch Corona bedingt diese Regierung über einen neuen Stärkungspakt nachdenken müsste, verspielt sie die Erfolge des ersten Stärkungspaktgesetzes. Dieses Gesetz war für die Kommunen und ihre Kultur in den Zehnerjahren das grundsätzliche und zwingend notwendige Lebenselixier.

Übrigens – wir werden gleich noch das Kulturgesetz besprechen –: Die Schutzmöglichkeiten, die wir immer ausgelotet haben und schließlich wenigstens im alten § 30 des Kulturförderungsgesetzes niederschrieben, die Kontraktmöglichkeit zwischen Stadt und Land, wollten Sie zunächst aus diesem Gesetz herausnehmen, weil Sie den Zusammenhang zwischen gesunden Städten und starker Kulturfinanzierung scheinbar nicht umfangreich betrachten. Zum Glück steht es jetzt, auch nach starkem Protest, wieder drin.

Als Einzelhaushalt und als einsame Insel gesehen ist der Haushalt, den Sie vorgelegt haben, in Ordnung. Als verlässliche Kultursicherung wird Ihre Arbeit durch die Kommunalpolitik der Regierung allerdings ad absurdum geführt.

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Die Redezeit.

**Andreas Bialas** (SPD): Sie hinterlassen – jetzt schon absehbar – spätestens im übernächsten Jahr einen Scherbenhaufen bei den Kommunalfinzen. Was wir jetzt bräuchten, wäre ein Schutzschirm für die Kultur, und den spannen Sie nicht. Das ist sehr schade. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und Oliver Keymis [GRÜNE])

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Kollege Bialas. – Für die CDU-Fraktion spricht Herr Kollege Petelkau.

**Bernd Petelkau\*** (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vielleicht erst einmal ein paar einordnende Worte: Wenn ich mir die Politik der NRW-Koalition der letzten Jahre anschau, dann waren gerade die Leistungen, die wir für die Kommunen über die Jahre gemacht haben, deutlich mehr als das, was vorher im Bereich der damaligen rot-grünen Landesregierung passiert ist.

Das hat auch dazu geführt, dass wir heute in nahezu allen Kommunen wieder Spielräume haben. Das Szenario, das Sie hier an die Wand gemalt haben, lieber Kollege, entspricht doch eher der Fantasie als der Realität.

(Zuruf von Andreas Bialas [SPD])

Ja, es gab wichtige Fortschritte, die man nicht leugnen kann. Dazu gehören insbesondere für die großen Kommunen die Kosten der Unterkunft. Es war gerade Ministerpräsident Laschet, der in Berlin mit dem jetzigen designierten Bundeskanzler hart ins Gericht gegangen ist,

(Zuruf von Andreas Bialas [SPD])

damit hier im Rahmen der Hilfen entsprechend etwas passiert. Das als Einordnung an den Anfang gestellt.

Zurück zur Kulturpolitik. Die NRW-Koalition hat bei Regierungsübernahme 2017 zugesagt, den Kulturhaushalt des Landes schrittweise bis 2022 um 50 % anzuheben, konkret um 300 Millionen Euro.

Das, was wir versprochen haben, das haben wir auch gehalten. Mit über 315 Millionen Euro im Haushaltsplanentwurf 2022 liegen wir deutlich über unserer Zielsetzung und konnten sogar einen Zuwachs von knapp 57 % erreichen. Die Bandbreite der Förderung reicht von der kulturellen Bildung – zu nennen sind hier insbesondere die Musikschuloffensive und der Relaunch von JeKits – über die kommunalen Theater und Orchester, über die dritten Orte in ländlichen Räumen, über das Landesarchiv bis hin zum neuen Schwerpunkt Diversität und Teilhabe.

Wir als Regierungskoalition könnten uns jetzt entspannt zurücklehnen und den Erfolg unserer Kulturpolitik feiern, aber das ist nicht unsere Haltung. Nein, wir kämpfen weiter um jeden Euro für unseren Kulturstandort Nordrhein-Westfalen. Deshalb haben wir als NRW-Koalition sechs Anträge eingebracht, mit denen wir weitere 2,1 Millionen Euro Fördergeld für die Kultur in Nordrhein-Westfalen bereitstellen wollen.

Erstens. Für das in 2021 neu gegründete popBoard NRW wollen wir den Ansatz in 2022 von 300.000 Euro auf 550.000 Euro aufstocken; denn Popkultur ist ein wichtiger Baustein der nordrhein-westfälischen Kunst- und Kulturszene, der viel zu lange vernachlässigt wurde. Mit der aufgestockten Förderung werden wir im Wettbewerb mit den anderen Bundesländern zumindest um die besten Talente wieder konkurrenzfähig und rücken damit in die Spitzengruppe der 16 Bundesländer auf.

Zweitens. Kulturpolitik bedeutet unter anderem auch, historisch bedeutende Werke für Nordrhein-Westfalen langfristig zu sichern. Ich erinnere mich, wie Sie mit dem historischen Erbe damals über die WestLB umgegangen sind.

Wir haben hier einen bedeutenden historischen Meilenstein für die Entwicklung der elektronischen Musik: das legendäre Tonstudio des Westdeutschen Rundfunks, das das erste seiner Art war und zum Entstehungsort vieler bedeutender Produktionen wurde. Im Zuge der Generalsanierung des WDR sollte das Studio eingemottet und verkauft werden. Diesen Ausverkauf wollen wir nicht, sondern wir

wollen das Studio weiterhin als kulturelles Erbe in Nordrhein-Westfalen erhalten. Wir unterstützen daher das Projekt, das Studio für elektronische Musik bei der Neuaufstellung des Kölner Zentrums für Alte Musik – zamus – in bestehende Strukturen zu integrieren und damit Synergien zu nutzen. Deshalb wollen wir diesen Ansatz um 250.000 Euro erhöhen, um dieses Leuchtturmprojekt bei der Neuorganisation entsprechend zu unterstützen.

Drittens. Der Fotografiestandort NRW hat das Potential, zu einem bekannten Label „Fotoland NRW“ zu werden. Um den Dreiklang von Essen, Köln und Düsseldorf als bedeutende deutsche Fotostädte zu stärken, wollen wir 100.000 Euro für das Fotografie Festival bereitstellen. Das ist ein wichtiger Baustein, um dieses nach dem Aus für die photokina entsprechend zu erhalten.

Viertens. Für Investitionen in die Modernisierung der privaten Bühnen wollen wir zusätzlich noch einmal 1 Million Euro bereitstellen. Denn gerade das Programm dieses Jahr hat gezeigt, dass erheblicher Bedarf besteht, den es zu nutzen gilt.

Des Weiteren wollen wir kulturelle und künstlerische Projekte im Rahmen des Jubiläums „200 Jahre Kölner Karneval“ mit 200.000 Euro fördern, ebenso 300.000 Euro für die Digitalisierung im Bereich „Heimatsammlungen“ der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen sowie die Digitaloffensive der nach § 96 Bundesvertriebenengesetz geförderten Einrichtungen. Das sind wichtige Bausteine, um hier nach vorne zu kommen.

Dies alles zeigt: Wir machen eine zukunftsweisende und rundum gute Kulturpolitik, die in diesem Kulturplan enthalten ist.

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Die Redezeit.

**Bernd Petelkau<sup>1)</sup> (CDU) Fehler! Textmarke nicht definiert.:** Altbundespräsident Richard von Weizsäcker hat einmal gesagt:

„Denn Kultur ist kein Luxus, den wir uns leisten oder auch streichen können, sondern der geistige Boden, der unsere eigentliche innere Überlebensfähigkeit sichert.“

Mit diesem Satz wird das Ziel unserer Kulturpolitik wunderbar auf den Punkt gebracht. In diesem Sinne bitte ich um Zustimmung für unsere Anträge und den Kulturetat 2022. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Kollege Petelkau. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Herr Kollege Keymis.

**Oliver Keymis** (GRÜNE): Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Präsidentin! Ich kann das relativ kurz machen: Wir Grüne stimmen dem Haushalt heute nicht zu, aber wir begrüßen die Steigerung des Kulturetats ausdrücklich. Das klingt jetzt wie ein Widerspruch, aber es ist die politische Realität: Die Opposition spielt die eine Rolle und die Regierung spielt die andere.

Im Ausschuss haben wir gezeigt, dass wir den Einzelplan 06 Kultur mit großer Sympathie betrachten und der Aufwuchs sinnvoll und vernünftig war. Wir haben auch die Programme in den letzten Jahren mit Freuden begrüßt. Denn wir haben gesehen, dass das Geld in die richtigen Stellen geht. Das Geld ist gut investiert, wenn es in die Kultur investiert ist.

Es sind relativ kleine Summen im Verhältnis zu dem, was so ein Landesetat an sich an Zahlen produziert. Insofern kann man festhalten: Das Land ist weiterhin auf einem guten Weg, der von dieser Regierung eingeschlagen worden ist. Das haben wir für richtig gehalten. Von daher kann man auch nicht darum herum reden, sondern kann es nur begrüßen und sich mitfreuen, dass das für die Kultur möglich war.

Ich möchte aber noch an eines erinnern, da wir in einer sehr extremen Situation sind. Den entscheidenden Punkt, den Sie geleistet und wir alle – auch die SPD und die Grünen – unterstützt haben, war die Organisation der Hilfen im letzten Jahr im Rahmen der Coronahilfe und Unterstützung für die Kultur. Das haben wir alle auch im Ausschuss entsprechend für richtig befunden.

Ich möchte noch einmal ausdrücklich sagen: Es wäre ohne den ausgeschiedenen Ministerpräsidenten Laschet nicht möglich gewesen, zusätzlich fast 300 Millionen Euro für die Kunst- und Kulturschaffenden im Land zu organisieren. Das ist ein wirklich großer Betrag. Der ist von Nordrhein-Westfalen ausgehend – das muss man klar sagen – symbolhaft in der Republik diskutiert worden. Kein Land hat das für die Kulturschaffenden in der Coronakrise bisher geschafft, was Nordrhein-Westfalen geleistet hat. Wir können alle darauf stolz sein, dass uns das gemeinsam gelungen ist. Das haben alle mitgetragen, und das ist – glaube ich – der entscheidende Punkt. Es entsprach fast dem Etat, den Sie für nächstes Jahr faktisch einbringen.

Ich kann mir nur wünschen, dass die Entwicklung weitergeht. Ich sage das in aller Öffentlichkeit und auch hier: 30 Euro pro Person in Nordrhein-Westfalen pro Jahr für die Kultur auszugeben, würde einem Landesetat von etwa 600 Millionen Euro entsprechen. Das fände ich nicht zu viel. Dann wären wir immer noch in einer Position, die das Kulturland NRW nicht überbordend als besonderen Geldausgeber dastehen ließe, sondern wir hätten einen sehr ordentlichen Kulturetat, der auch die Kommunen – da hat Andreas Bialas recht – ein Stück weit stärker stützen

oder wenn nötig auch wieder mit in die Pflicht nehmen könnte. Diesen Spielraum sollte man sich für die nächste Legislaturperiode vornehmen.

Das wäre mein Ratschlag. Denn ich glaube, dass die Kultur insgesamt in der Gesellschaft immer wieder eine so große Wirkung entfaltet. An so vielen Stellen nimmt sie für die Menschen an Bedeutung zu. Gerade weil die Digitalisierung die Menschen so einseitig fordert, sind die kulturelle Vielfalt und die Herausforderung, sich mit der Kultur und der Kunst sowie der kulturellen Bildung auseinanderzusetzen, Themen, die in der Zukunft eine noch wichtigere Rolle spielen werden, wenn die Gesellschaft nicht völlig auf den Bildschirm konzentriert abdriftet, coronabelastet und digital durchgesteuert. Wir brauchen also dieses Gegengewicht Kunst und Kultur. Um das zu stärken, treten wir hier alle gemeinsam an.

Deshalb freue ich mich immer über die Kulturfraktion im Landtag. Sie ist klein, aber, wie ich denke, wahrnehmbar, und sie hat in der Ministerin und ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Menschen, die das genauso unterstützen. Dafür danke ich ausdrücklich. Das war in der schwierigen Phase jetzt und bei der Arbeit, die wir bisher gemeinsam machen konnten, gut. Da es hier ja immer auch ein bisschen um eine Bilanz geht, wollte ich das noch sagen.

Frau Ministerin, also danke an Sie und ihre Leute sowie an die Kolleginnen und Kollegen dafür, dass wir das auch im Ausschuss immer wieder so konstruktiv miteinander beraten konnten. – Danke schön.

(Beifall von den GRÜNEN und Andreas Bialas [SPD] – Vereinzelt Beifall von der CDU und der FDP)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Kollege Keymis. – Für die FDP-Fraktion spricht Herr Kollege Deutsch.

**Lorenz Deutsch** (FDP): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auf diese Rede habe ich mich vier Jahre lang gefreut, weil wir vor vier Jahren versprochen haben, der Kulturetat werde sich so entwickeln, wie er sich jetzt entwickelt hat. Am Ende mit dem Halten dieses Versprechens anzukommen, freut mich wirklich ganz besonders. Von 200 Millionen Euro kommend waren 300 Millionen Euro angepeilt. 315 Millionen Euro sind es jetzt geworden. Das kann sich sehen lassen. Ich bin wirklich froh, dass das geklappt hat.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Was haben wir gemacht? Ich möchte in zwei Stoßrichtungen systematisieren.

Wir haben uns auf der einen Seite auf Exzellenz und Stärkung von Institutionen konzentriert. Das ging von Theatern und Orchestern über Exzellenzförderung,

zum Beispiel Musik- und Tanzförderung für die freie Szene, bis zur Stärkung der großartigen Jugendsymphonie, die wir haben. Die Kunstsammlungen und Kunststiftungen sind finanziell gestärkt worden. Eine Säule ist also das, was man vielleicht mal despektierlich „Hochkultur“ genannt hat.

Das ist aber eben nicht alles, was wir gemacht haben. Auf der anderen Seite ist in neue Kulturformen und den ländlichen Raum investiert worden, und zwar sehr systematisch mit dem Projekt „Dritte Orte“ und der Musikschuloffensive, die wesentlich in die ländlichen Räume investiert. Das Gleiche gilt für Je-Kits. Die Kultursekretariate sind gestärkt worden. Nicht zu vergessen sind die Landestheater und Landesorchester, die ebenfalls das Banner der Kultur in die Fläche unseres Landes tragen.

Beides ist für uns kulturpolitisch zentral gewesen. Ich glaube, da kann man einen Haken machen.

Herr Bialas, angesichts dieser Bilanz hat es mich nicht interessiert, dass Sie einfach die Fachdisziplin gewechselt haben und nicht mehr die Kulturpolitik kritisiert haben, sondern in die Kommunalpolitik übergewechselt sind.

(Andreas Bialas [SPD]: Ich betrachte das in der Breite!)

– Ja, das ist schon klar. Aber vielleicht erkundigen Sie sich noch mal bei Ihren Kommunalpolitikern. Es gibt nämlich wohl kaum eine Landesregierung, die die Kommunen in der Breite gestärkt hat, wie es diese Landesregierung getan hat. Da wäre ein Austausch vielleicht ganz zielführend.

Ich habe jetzt über den Kulturretat, wie er hier vorliegt, gesprochen. Wir müssen aber natürlich auch sehen, dass es noch einen isolierten Coronaetat gibt. 275 Millionen Euro, also ziemlich exakt die Summe, die der Kulturretat für 2020 ausgemacht hat, ist in Form von Coronahilfen gekommen. Besonders zu nennen sind da die Förderstipendien mit 105 Millionen Euro in 2020 und 90 Millionen Euro in 2021 für 7.000- bzw. 6.000-Euro-Stipendien für Künstlerinnen und Künstler. Das hat sehr geholfen.

Man kann wirklich sagen: Egal, wo man hinkommt, wird das ausgesprochen deutlich gesehen und war, glaube ich, eine ganz wichtige Stütze für unsere so breit aufgestellte Künstlerschaft in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Auch der Stärkungsfonds, der an Institutionen und insbesondere an gemeinnützige Vereine gerichtet war, ist ein wichtiger Baustein – natürlich ergänzend zum NEUSTART-Programm des Bundes, das ebenfalls viel genutzt hat.

Meines Erachtens ist es wirklich die richtige Zeit, um sich ausdrücklich bei der Ministerin, dem Haus und dem Finanzminister, der das mitgetragen hat, für

diese Initiativen zu bedanken. Der Ministerpräsident ist erwähnt worden. Es ist an einem Strang gezogen worden. Das hat meiner Meinung nach diese Regierung und die NRW-Koalition ausgemacht.

(Beifall von der FDP)

Herr Petelkau hat schon über unsere Änderungsanträge gesprochen. Ich freue mich sehr, dass wir da noch einmal Akzente setzen können.

Dass das Fotoland NRW, das neben der Diskussion um ein Institut – die Debatte „Düsseldorf oder Essen?“ brauchen wir hier jetzt nicht aufzumachen – jetzt noch einmal sozusagen im zeitgenössischen Diskurs gestärkt werden soll, ist sicherlich gut.

Das Studio für Elektronische Musik ist ein wichtiges Element, quasi fast ein Startpunkt für die Entwicklung des Kulturlandes NRW. Das zu sichern ist für Nordrhein-Westfalen absolut elementar. Ich freue mich, dass das gelingt.

Die Stärkung des Kölner Karnevals, der eben schon, wie es kein Zweites kann, für Heiterkeit gesorgt hat, freut mich natürlich besonders. 200 Jahre Brauchtum – das ist im Jahr 2023 meiner Meinung nach schon eine Würdigung wert.

(Beifall von der FDP und Bernd Petelkau [CDU])

Ich habe mich auf diese Rede gefreut und freue mich ab jetzt schon auf die Rede im Jahr 2026, wenn wir bilanzieren können, dass wir genau diesen Weg weitergegangen sind. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und Bernd Petelkau [CDU])

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Kollege Deutsch. – Für die AfD-Fraktion spricht Frau Kollegin Walger-Demolsky.

**Gabriele Walger-Demolsky (AfD):** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Zunächst möchte ich betonen, dass Nordrhein-Westfalen den Kulturbereich bislang sehr gut durch die wirtschaftlichen Herausforderungen der diversen Lockdowns und anderer Maßnahmen geführt hat. Es wurde nicht einfach nur Geld zum Überleben der Institutionen und an Künstler selbst verteilt. In der Zeit ohne Publikum wurde die Kreativität der Kulturschaffenden durch die Stipendienvergabe erhalten. Ich finde, genau das ist bei Ihnen besonders zu loben. Das ist es, was diese Art der Unterstützung so besonders gemacht hat. Herzlichen Dank, Chapeau, an Sie und Ihr Team, Frau Pfeiffer-Poensgen.

Nordrhein-Westfalen hat eine außergewöhnliche Kulturlandschaft, die aber auch entsprechend umfangreich von allen Ebenen, nicht nur vom Land, gefördert wird. Um das auch einmal zu erwähnen: Allein die Landschaftsverbände wenden jährlich 200 Millionen Euro für Kultur auf.

Besonders positiv sind für uns auch die vielen neuen Möglichkeiten der Kulturförderung im ländlichen Raum, die das Ministerium von Frau Pfeiffer-Poensgen in dieser Legislatur auf den Weg gebracht hat. Durch ein Sonderprogramm wurden in den vergangenen Jahren unter anderem die Chöre mit landesweit insgesamt 200.000 Mitgliedern – Sie sehen, wie breit die Förderung ist – unterstützt.

Dennoch können wir dem Haushaltsentwurf 2022 nicht zustimmen. Alle Landesetats sollten aufgrund der allgemeinen Haushaltslage – ich denke an die Kosten der Bewältigung der Pandemie sowie der Folgen der Flutkatastrophe, aber auch an die enorme Verschuldung dieses Landes – zur Haushaltskonsolidierung beitragen und Einsparungen leisten, so auch der Kulturetat.

Wir hatten Anträge gestellt, zum Beispiel dazu, die Zuweisung für verschiedene Titelgruppen zu reduzieren. Möglichkeiten sehen wir beim internationalen Kulturaustausch, aber auch bei der Theaterförderung, sowohl bei den dafür vorgesehenen Zuschüssen an die Gemeinden und Gemeindeverbände als auch an die Landestheater. Insbesondere Zuschüsse für die Freie Szene in Höhe von über 13 Millionen Euro sind uns angesichts der in den Vorjahren geförderten Projekte eindeutig zu hoch.

Ausnahmen möchten wir aber, wie schon in den Vorjahren, den Bereich der Bibliotheken. Noch immer öffnen viele Bibliotheken sonntags nicht, denn es fehlt vielen Kommunen schlicht das Geld dafür. Aber auch hierzu haben wir uns Gedanken gemacht und einen Antrag auf Erhöhung für die Bibliotheken in genau halber Höhe im Vergleich zum Vorjahr gestellt. Gerade in Zeiten von Corona haben die Bibliotheken eine wichtige Funktion erhalten, bei der Bildung und als Dritte Orte.

Frau Pfeiffer-Poensgen, seit Jahren bemängeln wir die Terminierung der Projektförderungen. Bei Vorlage des Haushaltsentwurfs liegen der Landesregierung in verschiedenen Bereichen regelmäßig keine projektscharfen Förderentscheidungen vor, weil die Antragsfristen bis Ende Oktober laufen. Ist es nicht möglich, diese Fristen mit dem Haushalt besser zu synchronisieren? „Ein Betriebswirt wird das nicht verstehen, denn das wurde immer schon gemacht und kann nicht umgestellt werden“, ist für uns ein schlechtes Argument. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Frau Kollegin Walger-Demolsky. – Für die Landesregierung spricht Frau Ministerin Pfeiffer-Poensgen.

**Isabel Pfeiffer-Poensgen,** Ministerin für Kultur und Wissenschaft: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Wir sind 2017 mit dem Ver-

sprechen angetreten, der Kunst und der Kultur in Nordrhein-Westfalen endlich wieder den ihnen gebührenden Stellenwert zu geben. Teil dieses Versprechens ist es, den Kulturetat bis 2022 langfristig um 50 % zu erhöhen und damit die strukturelle Unterfinanzierung der Kultur in Nordrhein-Westfalen, die man mit vielen Beispielen belegen könnte, zu beenden.

Mit dem Haushaltsgesetz 2022 lösen wir dieses Versprechen nicht nur ein, sondern gehen darüber hinaus; und das ungeachtet der Coronahilfen für den Kulturbereich in Höhe von 282 Millionen Euro, die hier schon vielfach genannt wurden. Die Haushaltsmittel für den Bereich Kultur sind im Haushaltsjahr 2022 mit 315,7 Millionen Euro angesetzt und überschreiten damit die Zielmarke von 300 Millionen Euro, die wir uns gesetzt hatten.

In diesem Rahmen haben wir Kunst und Kultur mit einer bundesweit einzigartigen kulturpolitischen Offensive wieder auf soliden Grund gestellt – das war immer die Idee, auch meine Idee – und ihr wichtige Entfaltungsspielräume gegeben. Das werden wir auch im kommenden Jahr tun.

Mit dem Kulturgesetzbuch – über das wir nachher noch reden – geben wir Kunst und Kultur in Nordrhein-Westfalen einen neuen höchstmöglichen Grad an Verbindlichkeit und stellen ihre Förderung auf eine sichere und vor allen Dingen auch nachhaltige Grundlage.

Neben den weitergeführten Vorhaben aus den vergangenen Jahren setzen wir 2022 einen Schwerpunkt mit dem wichtigen Thema „Diversität und Teilhabe“, denn Nordrhein-Westfalen steht nun wirklich für gesellschaftliche Vielfalt. Mit dem neuen Gesamtkonzept „Diversität und Teilhabe in Kunst und Kultur“ stößt das Land einen Prozess an, der dieser Realität Rechnung trägt und Diversität im Kunst- und Kulturbereich strukturell fördert und gestaltet.

Die mit der Stärkungsinitiative begonnene strategische Neuausrichtung der Kulturförderung werden wir 2022 natürlich weiter fortsetzen, indem wir Fördermittel für langfristig und nachhaltig angelegte Projekte und Programme einsetzen. Beispielhaft kann ich die nachfolgenden Programme anführen, bei denen wir diese langfristigen Impulse gesetzt haben: Dazu zählt natürlich die systematische Stärkung der kommunalen Theater- und Orchesterförderung, die auch im nächsten Jahr wieder steigt.

Damit sind wir beim Thema „Städte“: Es ist nicht so, dass wir es aus den Augen verloren hätten, wie bedeutsam die Städte für die generelle Kulturarbeit sind. Wenn ich es richtig im Kopf habe, liegen wir im Moment bei einem Verhältnis von 70 zu 30; 70 von den Städten als Träger, 30 vom Land als Finanzier. Kritisch anmerken muss ich, dass Ihnen, Herr Bialas, nichts anderes eingefallen ist, als die kommunale

Thematik zu benennen, anstatt über Kulturpolitik zu diskutieren. Gut, das war jetzt so.

Wesentliche Voraussetzungen für künstlerische Spielräume und die Profilierung der kommunalen Theater und Orchester stellen wir damit jedenfalls sicher. Auch die Freien Darstellende Künste, die in Nordrhein-Westfalen natürlich eine sehr ausgeprägte und große Bedeutung für das kulturelle Leben haben, können wir mittels dieses neuen Förderkonzepts wesentlich besser fördern.

Dazu zählt auch das Programm „Dritte Orte“, das uns in den letzten Jahren sehr beschäftigt hat, ein wichtiges Projekt, das bereits jetzt eine Erfolgsgeschichte ist. Die Orte der Begegnung und des Austausches bieten einen niedrigschwelligen Zugang zu Kunst, Kultur, kultureller Bildung, und das generationenübergreifend. Ich empfehle jedem von Ihnen, sich die jetzt schon laufenden 26 Projekte genauer anzusehen.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Hervorheben möchte ich noch ein Projekt, das uns in diesem Jahr besonders beschäftigt hat und jetzt auf den Weg gebracht worden ist, nämlich die umfassende Neustrukturierung des Programms „JeKits“ auf der Grundlage einer umfangreichen Evaluierung. Das Programm wird neu aufgebaut, vor allen Dingen erweitert. Dafür erhöhen wir die Förderung bis 2024 um 6,1 Millionen Euro auf dann insgesamt 17,3 Millionen Euro pro Jahr und stellen damit sicher, dass jedes Kind in der Grundschule vier Jahre lang in den Genuss von kultureller Bildung kommt. Das ist ein wesentlicher Fortschritt gegenüber dem Zustand, den ich hier vorgefunden habe.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Deswegen kann ich trotz aller sonstigen Bedenken nur für die Unterstützung werben. Für die Kultur ist das ein sehr guter Haushalt. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Frau Ministerin. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Das bleibt auch so. Dann schließe ich die Aussprache zum Teilbereich a) Kultur im Einzelplan 06.

Wir debattieren jetzt:

### **b) Wissenschaft, Weiterbildung**

Hier eröffnet die Aussprache Herr Kollege Bell von der SPD-Fraktion.

**Dietmar Bell (SPD):** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Anders als im Bereich vorher ist der Haushalt für diesen Bereich in der Kontinuität der bisherigen Haushalte dieser Landesregierung weiterhin enttäuschend.

(Beifall von Jochen Ott [SPD])

Das hat sehr stark etwas damit zu tun, dass zu Beginn der Legislaturperiode Erwartungen geweckt worden sind, die aus meiner Sicht eindeutig nicht eingehalten worden sind.

Ich beginne mit dem monetären Gesamtwachstum des Haushaltes in der gesamten Legislaturperiode. Wir haben uns die Mühe gemacht und versucht, die Haushaltsentwicklung zu vergleichen. Es hat ja Veränderungen in den Ministerienzuschnitten gegeben. Das haben wir entsprechend berücksichtigt. In der Zeit von 2012 bis 2017 unter Rot-Grün stieg der Gesamthaushalt um 29,14 %, in der Zeit Ihrer Regierung um 12,4 %. Das ist aus meiner Sicht immer noch beachtlich – das will ich gar nicht anders sagen –, aber es ist weit entfernt von den haushalterischen Möglichkeiten, die Sie hatten, die bei uns durchaus anders aussahen.

Viele Ihrer Wahlversprechen sind nicht eingelöst. Nordrhein-Westfalen hat den letzten Platz bei der Betreuungsrelation zwischen Studierenden und Professoren nicht verlassen, ein zentrales Motiv Ihres Wahlkampfes 2017.

(Jochen Ott [SPD]: So ist es!)

Die Möglichkeiten, die jetzt durch den Hochschulvertrag „Studium und Lehre stärken“ entstanden sind, basieren auf einer Bund-Länder-Vereinbarung. Das will ich nicht kritisieren. Ich begrüße sie ausdrücklich. Sie haben uns aber in der letzten Legislaturperiode kontinuierlich vorgeworfen, dass nicht genug reine Landesmittel in die Erhöhung des Haushaltes fließen würden. Daran müssen Sie sich jetzt messen lassen.

(Beifall von der SPD und Arndt Klocke [GRÜNE])

Die avisierte Stärkung der anwendungsorientierten Forschung in Ihrem Koalitionsvertrag ist aus meiner Sicht in der Umsetzung hier in Nordrhein-Westfalen enttäuschend. Wir alle können froh sein, dass im neuen Koalitionsvertrag auf Bundesebene diese Frage einen hohen Stellenwert erhalten hat. Die Gründung der Agentur für Transfer und Soziale Innovation, um soziale und technologische Innovation insbesondere an den HAWs und kleinen und mittleren Universitäten zu fördern, ist ein ganz starkes Signal. Sie und Ihre Bundesministerin hatten die Kraft und den Willen dazu nicht.

Der neue Weg bei der Forschungsförderung in Nordrhein-Westfalen, auf Schwerpunkte zu verzichten und das Geld inhaltlich völlig offen zu vergeben, ist aus meiner Sicht keine neue Strategie, sondern Beliebigkeit. Auch hier bin ich über eine deutlich andere

Akzentsetzung auf Bundesebene dankbar. Dass jetzt Programmlinien, Hightech-Strategie und Ressortforschung auf Bundesebene missionsorientiert weiterentwickelt werden, ist vor dem Hintergrund der immensen gesellschaftlichen Herausforderungen zwingend erforderlich und wird auch zu einer Neubewertung der Forschungsförderung in NRW führen müssen.

Die digitale Transformation der Arbeitswelt bedingt dringend eine Neubewertung der wissenschaftlichen Weiterbildung unter Beteiligung der Hochschulen. So stand es übrigens auch in Ihrem Koalitionsvertrag. Wo sind denn die Weiterentwicklungen hierzu, die im Koalitionsvertrag avisiert waren? Stattdessen haben Sie das ambitionierte Vorhaben, die FernUniversität Hagen zu einer weltweit führenden forschungsorientierten Open University Hagen zu machen, krachend vor die Wand gefahren. Sehr geehrte Frau Ministerin, so nutzt man keine Chance für unser Bundesland, sich Wettbewerbsvorteile zu verschaffen.

Ihr größtes Versäumnis ist allerdings – das will ich so deutlich sagen –, dass Sie die Studierenden und die Studierendenwerke aus unserer Sicht geradezu sträflich vernachlässigt haben. Es ist schon ein einmaliger Vorgang, dass die Studierendenwerke und der Landes-ASTen-Treff Nordrhein-Westfalen in dieser Woche mit einem offenen Brief an Sie, Frau Ministerin, auf die unzureichende Finanzierung durch Ihr Haus hinweisen.

Der Eindruck, der sich in den mehr als vier Jahren Ihrer Arbeit verfestigt hat, ist, dass Ihnen die Studierenden und die soziale Situation auf dem Campus schlicht egal sind. Wie sonst ist es erklärlich, dass nach der herausragenden Leistung der Studierendenwerke, die miserabel gestaltete Coronaunterstützung des Bundes für Studierende zu administrieren, jetzt nicht einmal eine sachgerechte Finanzierung der Personalkostenzuwächse erfolgt? Ich halte das für beschämend.

Ich habe zugehört, Frau Ministerin: Weder in der Information des Parlaments durch den Ministerpräsidenten in der vergangenen Woche noch in der Information des Gesundheitsministers gestern ist die Situation der Studierenden in der sich zuspitzenden Coronasituation angesprochen worden. Studierende und ihre Lebensrealität sind für diese Landesregierung ganz offensichtlich ohne Relevanz. Aber wer die Lebensrealität von fast 800.000 Studierenden in unserem Land ausblendet, der wird im nächsten Mai mit Sicherheit einen schwarzen Abend erleben, aus meiner Sicht dann allerdings verdient. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD – Jochen Ott [SPD]: Auf den Punkt!)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Danke schön, Herr Kollege Bell. – Jetzt spricht Herr Tigges für die CDU-Fraktion.

**Raphael Tigges** (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! NRW ist attraktiv. NRW ist vielfältig. NRW ist innovativ und zukunftsgewandt. NRW ist in jeder Hinsicht exzellent. Diese Aussagen passen sicherlich auf viele Bereiche, aber besonders auf unsere vielfältige und international anerkannte Hochschullandschaft mit insgesamt 770.000 Studierenden.

Damit dies so bleibt, schafft die NRW-Koalition mit dem vorliegenden Einzelplan für den Bereich „Wissenschaft und Forschung“ verlässliche und solide Rahmenbedingungen. Das unterstreicht der Etat von 8,75 Milliarden Euro deutlich. Dies sind 280 Millionen Euro mehr als im vergangenen Haushaltsjahr.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Seit Antritt unserer Koalition im Jahr 2017 wurden im Vergleich zum letzten Haushalt der rot-grünen Vorgängerregierung die finanziellen Mittel in diesem Bereich um 13,3 % gesteigert. Mit dem Haushaltsentwurf erhalten unsere Hochschulen zum einen finanzielle Planungssicherheit, und zum anderen unterstützen wir die Forschung in wichtigen Themenfeldern der Zukunft.

Dazu einige Schlaglichter. Im Bochum wird zum Beispiel der Aufbau des Centers for Advanced Internet Studies – CAIS – vorangetrieben. Für dieses eigene Institut zur Digitalisierungsforschung stellt das Land im kommenden Jahr rund 4,2 Millionen Euro zur Verfügung und für das KI-Kompetenzzentrum ML2R weitere 5 Millionen Euro. Im Rahmen der themenoffenen Forschungsförderung unterstützt die Landesregierung aus Überzeugung den Aufbau eines Helmholtz-Clusters für nachhaltige und infrastrukturkompatible Wasserstoffwirtschaft.

Sie haben gerade wiederholt auf Berlin, den Koalitionsvertrag und was dort alles passiert, verwiesen. Von der NRW-SPD habe ich hier in den letzten Jahren aber nur wenig Innovatives gehört.

(Dietmar Bell [SPD]: Wir haben zwei Anträge dazu geschrieben! – Jochen Ott [SPD]: Der kann sich nicht erinnern!)

Es ist schön, dass Sie auf die Kollegen in Berlin verweisen. Ich hätte mir aber gewünscht, Sie hätten hier Ideen entwickelt und eingebracht, Herr Bell. Das wäre sicherlich besser gewesen.

(Beifall von der CDU)

Noch ein Punkt, Herr Kollege Bell. Wesentliches Ziel für uns in der NRW-Koalition ist die Fortentwicklung der Hochschul- und Universitätsmedizin. Der Etat für Hochschulmedizin wird mit diesem Haushalt auf ins-

gesamt 1,52 Milliarden Euro gesteigert. Da hat die NRW-Koalition geliefert.

Von der SPD und den Grünen ist dies in der Vergangenheit nie vorangebracht worden. Wir haben am 23. September in Bielefeld gemeinsam die medizinische Fakultät eröffnet, die von uns lange gefordert, aber von Ihnen nie umgesetzt wurde.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Allein dafür sind im Haushalt 46,7 Millionen Euro vorgesehen. Der weitere Ausbau wurde in der Finanzplanung mittelfristig bis 2025 gesichert. Bis zu 300 Studierende jährlich haben zukünftig die Chance, dort als Mediziner ausgebildet zu werden.

Der größte Anteil der Haushaltsmittel fließt – ohne Frage – in den Hochschulbereich. Hier stehen 5,7 Milliarden Euro zur Verfügung. Im Vergleich zum Jahr 2017 ist das ein Aufwuchs von 1,7 Milliarden Euro, Herr Bell. Letzte Woche wurde darüber hinaus die neue Hochschulvereinbarung unterzeichnet, und damit unterstreicht die Landesregierung auch die bessere Planbarkeit und eine auskömmliche Finanzierung der Hochschulen bis 2026.

Zu den guten Rahmenbedingungen von Wissenschaft und Forschung gehört auch eine gute Infrastruktur; das heißt eine gute Infrastruktur im Hochschulbau, bei der Digitalisierung und im studentischen Leben. Ich finde es schon bemerkenswert, dass Sie gerade dies angesprochen und uns kritisiert haben. Ich habe mir das mal rausgesucht: Im gesamten Zeitraum von 2012 bis 2017 ist der allgemeine Zuschuss für Studierendenwerke von Ihnen um – nur – 1 Million Euro erhöht worden, nämlich von 39,5 auf 40,5 Millionen Euro, Herr Bell. Dies ist sicherlich auch keine tolle Bilanz, die Sie hier vorgelegt haben.

Und wer hat dafür gesorgt, dass die Studierendenwerke über den Coronarettungsschirm entsprechend mit versorgt und untergebracht werden? – Das waren wir. Wir haben 21,2 Millionen Euro über den Rettungsschirm zur Verfügung gestellt, um effektive Hilfe zu leisten. Ganz davon zu schweigen, dass wir auch die Dynamisierung des allgemeinen Zuschusses eingesetzt haben. Da geht Ihre Kritik komplett ins Leere, Herr Bell.

Wie gesagt, wir bauen, wir sanieren – dafür ist eine Verpflichtungsermächtigung auf dem Weg gebracht worden von rund 2 Milliarden Euro –, und das ist auch ein Zeichen dafür, dass wir uns hier weiter in die richtige Richtung bewegen.

Uns als CDU ist es darüber hinaus wichtig, das lebensbegleitende Lernen – gerade in einer zunehmend digitalen und sich schnell ändernden Welt – zu fördern. Denn Teilhabe am gesellschaftlichen und beruflichen Leben ist eng mit Bildung verbunden. Deswegen haben wir in einem breit angelegten Beteiligungs- und Dialogprozess mit den Trägern und Einrichtungen der Weiterbildung die Novellierung

des Weiterbildungsgesetzes in diesem Jahr abgeschlossen, und in diesem Haushalt werden immerhin 134,4 Millionen Euro für die Weiterbildung unterlegt. Dies macht deutlich, welchen Stellenwert sie für die NRW-Koalition hat, und dass wir die Menschen mitnehmen wollen auf den Weg in die Zukunft.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich zum Schluss einen Dank auch an die Studierenden und Lehrenden an unseren Hochschulen, an die Studierendenwerke, aber auch an die Träger und Einrichtungen der Weiterbildung aussprechen für den enormen Einsatz, den sie unter wahrlich schwierigen Bedingungen der Coronapandemie gezeigt haben und immer noch zeigen. Mein Dank geht auch an das Ministerium, das im ständigen Dialog mit den Akteuren steht und um die besten Lösungen ringt – nicht nur wenn es um den Haushalt geht, sondern auch um andere ganz praktische Fragestellungen.

Wir sorgen dafür, dass unser Bundesland auch weiterhin ein exzellenter Standort für Forschung, Lehre und Weiterbildung bleibt

(Jochen Ott [SPD]: Schön vorgelesen!)

und dass die Menschen in unserem Land ihre Potenziale einbringen können und ihre Talente gefördert werden. Mit diesem Haushalt bleiben wir Aufsteigerland.

(Zuruf von Petra Vogt [CDU])

Ganz herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Danke schön, Herr Tigges. – Jetzt spricht Frau Brems für die Grünen.

**Wibke Brems<sup>\*)</sup>** (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Bilanz dieser Regierung in der Wissenschaftspolitik ist nun wirklich mehr als enttäuschend. Sie packen zwar an ein paar Stellen etwas Geld obendrauf, aber es reicht jeweils nicht aus, um die aktuellen Herausforderungen zu lösen. Damit hinterlassen Sie die Probleme der nächsten Regierung, und dafür gebe ich Ihnen jetzt ein paar Beispiele.

Ich beginne mit etwas, das im Haushalt leider überhaupt nicht zu finden ist, nämlich die Hilfen für Studierende, die wegen der Epidemie in finanzielle Not geraten sind. Da macht sich die Landesregierung einen schlanken Fuß und verweist auf den Bund. Selbst als Ihnen von allen Seiten gesagt wurde, dass das überhaupt nicht reicht, haben Sie keinen Cent locker gemacht, um die Studierenden zu unterstützen. Dieser Dank, der gerade ausgesprochen wurde, klingt da ehrlich gesagt wie blanker Hohn.

Auch beim Thema „Wohnen“ lassen Sie die Studierenden im Regen stehen. Sie setzen auf ein Pro-

gramm, mit dem in den nächsten Jahren nicht ausreichend neue Wohnanlagen gebaut werden. Außerdem könnten Wohnungen verloren gehen, weil sie stark sanierungsbedürftig sind. Wir fordern, dass es genau dafür Zuschüsse gibt.

Auch für die 12 Milliarden Euro Sanierungsstau an den Hochschulen und Universitätskliniken hat diese Regierung keine ausreichende Antwort. Sie bräuchten mit der derzeitigen Geschwindigkeit mehrere Jahrzehnte, um nur den aktuellen Bedarf abzubauen. Das Tempo muss also dringend erhöht werden. Das ist notwendig, damit die Hochschulen bis 2035 klimaneutral werden und den Studierenden im Hörsaal nicht wortwörtlich die Decke auf den Kopf fällt.

Die Studierendenwerke haben heute Morgen zusammen mit dem Landes-ASten-Treffen einen Brandbrief an Ministerin Pfeiffer-Poensgen geschickt. Darin beschwerten sie sich, dass sie von dieser Landesregierung im Stich gelassen wurden.

(Jochen Ott [SPD]: Aha!)

Die Entscheidung der Ministerin, nur zu 10 % der allgemeinen Kosten der Studierendenwerke beitragen zu wollen, ist einfach enttäuschend und willkürlich. Dann müssen Sie den Studierenden aber auch sagen, dass die Semesterbeiträge steigen und dass die Preise in den Mensen erhöht werden, weil CDU und FDP nicht in die soziale Infrastruktur an den Hochschulen investieren wollen.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD – Jochen Ott [SPD]: So ist es!)

Auch bei den steigenden BAföG-Verwaltungsausgaben kommt diese Regierung ihrer Verantwortung nicht nach. Die BAföG-Ämter müssen so ausgestattet werden, dass sie ihrem Auftrag nachkommen können. Diese Landesregierung muss die steigenden Personalkosten ausgleichen.

Kommen wir dann zur sogenannten Digitalisierungsoffensive im Hochschulbereich. Sie ist so klein, dass wir sie beinahe übersehen hätten. Wir fordern daher für Hochschulen, Universitätskliniken und Studierendenwerke deutlich mehr Unterstützung, damit sie auf dem Stand der Zeit digital arbeiten, lehren und forschen können.

Wenn Sie eine starke Forschung made in NRW wollen, dann können Sie das bisherige System nicht weiterlaufen lassen. Die Institute der Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft brauchen eine bessere institutionelle Förderung, und die Hochschulen für angewandte Wissenschaften brauchen mehr Grundmittel für Forschung, damit sie Lehrdeputate reduzieren und mehr Professuren und Stellen im Mittelbau schaffen können.

Wir haben zu vielen der genannten Aspekte Änderungsanträge zum Haushalt gestellt. Dazu gehörte auch eine Starthilfe, die bedürftige Studierende zu

Studienbeginn finanziell unterstützt. CDU und FDP haben alle Anträge abgelehnt. Wir lehnen den Entwurf für den Einzelplan 06 ebenfalls ab.

(Beifall von den GRÜNEN und Jochen Ott [SPD])

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Danke schön, Frau Brems. – Jetzt spricht Frau Beihl für die FDP-Fraktion.

**Daniela Beihl (FDP):** Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Diese schwarzgelbe Landesregierung ist angetreten, um Hochschul- und Wissenschaftsfreiheit zu stärken und zu schützen. Wir sind angetreten, um unsere einmalige nordrhein-westfälische Hochschul- und Forschungslandschaft gemeinsam mit allen Akteuren zu modernisieren, zu digitalisieren und so zukunftsweisend auszurichten. Und wir sind angetreten, um unsere Studierenden zu stärken, damit sie sich optimal auf ihre Zukunft vorbereiten können.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Wir haben dies getan, indem wir das Hochschulgesetz novelliert haben. Wir haben darin das Urlaubssemester für Gründerinnen und Gründer und das Optionenmodell Bau eingeführt. Wir haben uns für ein echtes Onlineantragsverfahren beim BAföG und dessen Pilotphase hier bei uns in NRW eingesetzt, und wir haben außerdem die Zivilklausel und die Detailsteuerung abgeschafft.

Soll ich Ihnen verraten, was ich an jeder Hochschule höre, die ich in den vergangenen zweieinhalb Jahren besucht habe? – All unsere Maßnahmen waren ein Befreiungsschlag für unsere Hochschulen.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU – Dietmar Bell [SPD]: Deswegen ist auch keine einzige Grundordnung geändert worden, Frau Beihl! Keine einzige! So viel Befreiung war selten!)

Denn all diese Maßnahmen sorgen mit einer verlässlichen, auskömmlichen Finanzierung für stabile Rahmenbedingungen und Planungssicherheit, und das auch im Jahr 2022.

Der Gesamthaushalt des Ministeriums für Kultur und Wissenschaft steigt auf 9,987 Milliarden Euro. Fast 90 % entfallen auf den Bereich Wissenschaft und Forschung. Das ist eine Steigerung um 280 Millionen Euro. Im Vergleich zum letzten Haushalt der Vorgängerregierung sind dies 1,5 Milliarden Euro mehr für unsere Hochschulen, für die Forschung, für politische Bildung, für Kultur und Weiterbildung.

Die Weiterbildung ist im Übrigen mit dem Weiterbildungsgesetz gesetzlich novelliert worden. Im Haus-

halt bildet sich dies unter anderem in einer Verdoppelung der Mittel für Schulabschlusskurse ab.

In der letzten Woche haben Ministerin Pfeiffer-Poensgen und die Sprecher der drei Landesrektorenkonferenzen die Hochschulvereinbarung 2026 unterzeichnet. Damit haben unsere Hochschulen einen weiteren Baustein für eine solide und vor allem verlässliche Planung schriftlich fixiert. In den nächsten fünf Jahren stellen wir unseren Hochschulen mehr als 20 Milliarden Euro zur Verfügung. Sie erhalten in dieser Zeit unter anderem 330 Millionen Euro zusätzliche Sachmittel, über die sie eigenständig verfügen können.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Noch ein Satz zur Kritik der Opposition: Wer strukturelle Probleme und eine ineffiziente Finanzierung in eigener Regierungsverantwortung nicht angeht und sich dann echauffert, dass die Probleme nicht mit Finanzmitteln zugeschüttet werden, der macht es sich aus meiner Sicht sehr leicht. So ist es auch bei den Änderungsanträgen. Strukturelle Probleme werden doch nicht nur gelöst, indem man sie mit Geld zuschüttet.

Diese schwarz-gelbe Landesregierung macht es sich nicht leicht. Wir gehen den anspruchsvollen Weg und denken weiter, um nachhaltige und effiziente Lösungen zu erarbeiten. Ich nenne Ihnen daher einige unserer Schwerpunkte.

Anfang Oktober konnten wir den Start der medizinischen Fakultät OWL an der Universität in Bielefeld feiern und die erste Kohorte mit 60 Studierenden begrüßen.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Das ist ein toller Erfolg und ein Zeichen der konstruktiven Zusammenarbeit aller Partner im Land und an der Hochschule.

Im August dieses Jahres war das CAIS, das Center for Advanced Internet Studies, bei uns im Wissenschaftsausschuss zu Besuch. Der wissenschaftliche Direktor, Professor Baurmann, berichtete uns leidenschaftlich von der bisherigen Arbeit des Instituts. Als Beispiel führte er eine Studie zur Verbreitung, Rezeption und – wenn man so will – zu Erfolgsfaktoren von Verschwörungserzählungen im Internet an. Was für ein wichtiges und zentrales Thema unserer Zeit! Deshalb ist es nur richtig, dass wir die Mittel für die Fortentwicklung des CAIS zu einem Institut für Digitalisierung auf 4,27 Millionen Euro verdoppeln.

Besonders freut mich, dass das Promotionskolleg für angewandte Forschung der Fachhochschulen in NRW mit 1,8 Millionen Euro im Haushalt verankert wird.

Auch der Gesamtetat für unsere Wissenschaftseinrichtungen und für Forschung verzeichnet einen deutlichen Anstieg um 8,6 % auf 853,7 Millionen Euro. Die themenoffene Forschungsförderung erhält ein Plus von 15 Millionen Euro. Hier wollen wir die Forschungseinrichtungen im Rahmen ihrer selbst entwickelten Schwerpunkte fördern.

Forschung und Innovation sind Schlüssel für gesellschaftlichen Fortschritt und die Bekämpfung unserer drängendsten Herausforderungen. Wir unterstützen daher unter anderem den Aufbau des Helmholtz-Clusters für nachhaltige und infrastrukturkompatible Wasserstoffwirtschaft mit 555.000 Euro. Bis 2025 wird diese Förderung auf 3,3 Millionen Euro aufwachsen.

Abschließend geht mein Dank an Ministerin Pfeiffer-Poensgen und das MKW für die Aufstellung des Haushalts. Ein ganz besonderer Dank gebührt unseren Hochschulen, unseren Forschenden, Lehrenden und Studierenden, den Mitarbeitenden in Verwaltung und Technik, den Hochschulleitungen und den Studierendenvertretungen, die sich täglich dafür einsetzen, unsere Hochschullandschaft in Nordrhein-Westfalen noch besser zu machen. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Danke schön, Frau Beihl. – Nun hat das Wort Herr Seifen für die AfD-Fraktion.

**Helmut Seifen (AfD):** Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Gerade in der aktuellen Situation einer medizinischen Krise, wie wir sie im Augenblick erleben, müsste jedem klar sein, wie wichtig die Einrichtung und Pflege seriöser Wissenschaftseinrichtungen ist. An den Universitäten und Hochschulen des Landes studieren junge Menschen, die mit wissenschaftlichen Methoden vertraut werden, das heißt, vertraut werden mit der Methode, die Wirklichkeit mithilfe des rationalen Zugriffs zu betrachten und damit Realitäten und Wahrheiten losgelöst von menschlichen Fantasien und Mythen zu erfassen. Diese Vorgehensweise ist die Grundlage rationalen Handelns, eine wichtige Voraussetzung für das wirksame und sachgerechte Lösen von Problemen und Voraussetzung für technischen, kulturellen und sozialen Fortschritt.

Wir können in der augenblicklichen Coronakrise erkennen, welche Friktionen und Hysterien eine Gesellschaft durcheinanderrütteln können, wenn Phänomene der Wirklichkeit wissenschaftlich nicht korrekt betrachtet werden, sondern das verantwortungslose Schüren von Angst auf der einen Seite und die Bildung von Verschwörungstheorien auf der anderen Seite die Oberhand gewinnen.

Es ist erstaunlich, dass eine Gesellschaft, die Wissenschaft so hoch einschätzt und sich zahlreicher erfolgreicher Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler rühmen kann, derart rückfällig wird und ein medizinisches Problem mit unwissenschaftlichen Methoden quasi hysterisch angeht.

Dabei ist das Land NRW mit seiner Universitäts- und Hochschullandschaft tatsächlich ein Wissenschaftsstandort oder ein Wissenschaftsland, das jungen Menschen die besten Voraussetzungen bietet, sich in rational-argumentativen Methoden der Wissenschaften zu schulen.

Deshalb ist es ja auch sehr zu begrüßen, dass der Haushalt für Wissenschaft und Kultur 2022 wieder das drittgrößte Volumen umfasst. Wir können stolz sein auf zahlreiche Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, auf zahlreiche fleißige und ehrgeizige Studentinnen und Studenten.

Bedauerlich ist allerdings, dass sich der Einzelplan 06 immer noch an rot-grüner Ideologie orientiert. Nicht nur in der augenblicklichen Coronakrise kann man feststellen, dass die Kraft ideologisch begründeter Wirklichkeitssicht in ernster Konkurrenz zur rationalen Wirklichkeitserfassung steht.

Da werden im Kapitel „Förderung der Gleichstellung“ wieder erhebliche Mittel veranschlagt, mit denen auch die Genderforschung finanziert wird. Wie sehr die Gleichstellung von Frauen und Männern in Staat, Gesellschaft, Studium und Beruf eigentlich eine Selbstverständlichkeit ist und dort zu fördern ist, wo sie halt nicht von alleine passiert, so wenig ist eine so immense Summe für die Genderforschung zu rechtfertigen. Der sogenannten Genderforschung ist jede wissenschaftliche Substanz abzusprechen, denn sie verstößt gegen den wissenschaftlichen Grundsatz der Ergebnisoffenheit bei der Wahrheitsfindung und Zielsetzung. Stattdessen setzt die sogenannte Genderforschung bereits apodiktisch fest, dass das biologische Geschlecht ein soziales Konstrukt sei und nicht aufgrund natürlicher Differenzierungen konkret fassbar sei.

Diese Auffassung negiert die Aussagen zahlreicher wissenschaftlicher Forschungsergebnisse. Die naturwissenschaftliche Forschung liefert überreichliche Erkenntnisse dafür, dass die biologischen Setzungen einen maßgeblichen Einfluss auf das sexuelle Geschlecht und jeweilige Rollen und Verhaltensweisen ausüben.

Dass gesellschaftliche Bedingungen ihrerseits solche Rollenmuster prägen, verändern, verstärken oder modifizieren, sind Phänomene, die erstens bekannt und zweitens im Bereich der Soziologie seit jeher Gegenstand der Forschung sind. Aber diese Forschungen sind ergebnis- und erkenntnisoffen angelegt gewesen und immer noch angelegt und haben deshalb auch ihre segensreiche Wirkung für die Frauenemanzipation leisten können.

Stattdessen fehlen den Studentenwerken erhebliche Mittel. Diese Mittel fehlen natürlich seit sehr vielen Jahren. Es ist nicht alleine Ihr Versäumnis. Das muss man schon mal deutlich machen; das gebe ich gerne zu. Aber ich sage Ihnen ganz ehrlich: Die Schwerpunkte hätten vor allem jetzt in der Coronakrise anders gesetzt werden müssen. Denn, Frau Ministerin, die Studentenwerke leiden natürlich erheblich unter der Distanzlehre, weil ja jetzt immer weniger Studenten und Studentinnen in die Universitäten und in die Mensen kommen und dementsprechend weniger erwirtschaftet wird.

Deswegen haben sich ja auch die Studentenwerke und die Landes-ASten in einem Brandbrief an Sie gewandt; das ist hier schon mehrfach erwähnt worden. Sie hätten das sicherlich nicht getan, wenn die Situation nicht so prekär gewesen wäre. Aber ideologischen Steckenpferden zu folgen, ist Ihnen leider auch an dieser Stelle wichtiger als die praktisch notwendige Lösung wirklich brennender Probleme. So ganz brechen können Sie eben mit dem Mainstream nicht.

Desgleichen ist zu bedauern, dass wir in der Situation der Energiewende im Forschungsbereich da sehr zögerlich sind. Das Forschungszentrum Jülich war früher einmal führend im Bereich Kerntechnologie. Hier müssen unbedingt wieder Mittel eingesetzt werden, damit wir an dieser Stelle weiterkommen. Ich denke, es ist sträflicher Leichtsin, wenn ein Hochtechnologieland wie Deutschland in diesem Bereich blank dasteht und vollkommen abhängig ist von den Leistungen anderer Länder.

Leider folgt hier der Haushalt den auf Fehldeutungen von Zahlen beruhenden Ideologien der sogenannten Klimaretter, anstatt sich kritisch der Wirklichkeit zu stellen. Es ist schon erstaunlich, dass im 21. Jahrhundert ideologiegetriebenen Handlungsoptionen Vorrang vor vernunftgesteuerten Problemlösungen gegeben wird. Das, muss ich Ihnen sagen, hätte ich mir noch vor einigen Jahren nie vorstellen können. Aber die Macht des Faktischen wird sich auch hier durchsetzen. Es dauert nur etwas, und leider, leider Gottes wird es Opfer kosten. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Seifen. – Nun hat für die Landesregierung die Ministerin Frau Pfeiffer-Poensgen das Wort.

**Isabel Pfeiffer-Poensgen,** Ministerin für Kultur und Wissenschaft: Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordneten! Wissenschaft und Hochschulen sind Motor für die Zukunftschancen unseres Landes, den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Fortschritt, Beschäftigung, aber auch persönliche Chancen. Die Landesregierung gibt Wissenschaft, Hochschulen und Weiterbildung die verlässlichen und

zukunftsfähigen Rahmenbedingungen, damit sie ihr enormes Potenzial für Land und Leute auch entfalten können.

Dafür steht der Etat des Ministeriums für Kultur und Wissenschaft in Höhe von knapp 10 Milliarden Euro im Haushalt 2022. Damit stärken wir auch Nordrhein-Westfalen als Bildungsland.

Mit dem Haushalt 2022 steigen wir in die neue Hochschulvereinbarung ein. Bis 2026 umfasst sie rund 20 Milliarden Euro. Das sind 330 Millionen Euro mehr im Vergleich zur aktuell laufenden Vereinbarung, die Rot-Grün unseren Hochschulen damals zugestanden hat.

Die neue Hochschulvereinbarung schafft bis 2026 Planungssicherheit für die Hochschulen mit einer verlässlichen, verbesserten und auskömmlichen Finanzierung. Die Hochschulen erhalten damit erstmals eine jährliche Steigerung der Sach- und Investitionsmittel von 3 %. Zusätzlich werden alle Besoldungs- und Tarifanpassungen zu 100 % vom Land übernommen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Darüber hinaus ermöglichen wir erhebliche Investitionsentscheidungen für den Hochschulbau. Neben einer Anpassung des Ansatzes der Planungskosten ist im Haushalt 2022 eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 2 Milliarden Euro vorgesehen.

Ein Wort zum Digitalen, das gerade angesprochen wurde: Als ich hier anfang, gab es nicht einmal einen Haushaltstitel für Digitales für die Hochschulen. Wir haben ihn eingerichtet und mit jährlich 50 Millionen Euro ausgestattet – ab diesem Jahr jährlich 35 Millionen Euro –, die durch die Digitale Hochschule NRW – das ist der Zusammenschluss aller Hochschulen – ausgegeben werden.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Zusätzlich – nur damit Sie das im Haushaltsplan richtig lesen – gibt es noch 149 Millionen Euro für die Umsetzung des E-Government-Gesetzes, damit das erstgenannte Geld wirklich für Lehre und Forschung ausgegeben werden kann.

Die Landeszuschüsse an die Studierendenwerke steigen um rund 335.000 Euro als erstmals dynamisierter Ansatz für die Personalkosten, nachdem wir letztes Jahr bereits den Zuschuss um 4 Millionen Euro – das waren 10 % – deutlich erhöht hatten.

Natürlich war es kein reiner Zufall, sondern eher ein orchestriertes Vorgehen heute mit diesem offenen Brief. Das ist mir schon völlig klar. Aber ich will auch gerne etwas dazu sagen.

Sie wissen oder sollten zumindest wissen, dass die Studierendenwerke in einem gänzlich anderen Verhältnis als die Hochschulen zum Land stehen, was die rechtliche Konstruktion angeht. Bei den Hoch-

schulen ist das Land Träger. Die Studierendenwerke sind verselbstständigte Anstalten des öffentlichen Rechts und agieren anders am Markt, als eine Hochschule das je könnte. Sie erhalten einen Festbetragszuschuss, der die Liquidität sichert.

(Zuruf von Heike Gebhard [SPD])

In Ihrer Legislaturperiode von 2012 bis 2017 – deswegen sollten Sie, finde ich, hier auch nicht so groß auftrumpfen – haben Sie die Mittel in fünf Jahren gerade einmal um 1 Million Euro erhöht, nämlich von 39,5 auf 40,5 Millionen Euro.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Was war das für eine fantastische Leistung?

Noch ein Wort zu Corona: Wir haben 21 Millionen Euro im Rettungsschirm reserviert. Davon ist bisher so gut wie nichts abgeflossen. Das hat natürlich etwas damit zu tun – das wurde eben auch gesagt –, dass es während der Schließung Kurzarbeit und einen verminderten Warenankauf gab. Deswegen haben wir im Moment noch kein Problem bei den Studierendenwerken. Das Geld bleibt selbstverständlich reserviert. Aber bisher ist es nicht abgeflossen – um die Dramatisierung da wieder etwas in die Realität zurückzuholen.

Der Haushalt 2022 schafft nicht nur diese wichtige verlässliche Finanzierung für die Hochschulen, sondern stärkt den Hochschul- und Wissenschaftsstandort auch darüber hinaus. Ich mache das einmal an einigen wenigen zukunftsweisenden Maßnahmen deutlich.

Wir bauen Forschung, Lehre und Versorgung an den starken universitätsmedizinischen Standorten weiter aus. In unserer heutigen Zeit wissen wir alle, wie wesentlich das ist. Für die Landesregierung steht fest: Wir müssen mehr Medizinerinnen und Mediziner ausbilden. Mein Kollege Laumann weist darauf ja auch zu Recht immer wieder hin.

Mit dem erfolgreichen Studienstart im Oktober schreitet der Aufbau der Medizinischen Fakultät OWL planmäßig und erfolgreich voran. So soll es auch weiterlaufen. Im Haushalt 2022 ist daher für die Medizinische Fakultät ein Ansatz in Höhe von rund 46,7 Millionen Euro etatisiert. Die Absicherung des Ausbaus bis 2025 ist im Rahmen der Mittelfristigen Finanzplanung erfolgt.

Ein weiteres wichtiges Projekt ist die neue Research Alliance Ruhr, eine Maßnahme der Ruhr-Konferenz. Die drei Universitäten Bochum, Duisburg-Essen und Dortmund treten an, um ihre gesamte Spitzenforschung zu vernetzen. Dafür wird es im nächsten Jahr 15,3 Millionen Euro geben. Der weitere Aufbau ist mit einer Verpflichtungsermächtigung von 108 Millionen Euro abgesichert. Das macht zusammen round about 125 Millionen Euro als Stärkung für den Forschungsstandort Ruhrgebiet.

Wir investieren mit diesem Haushalt darüber hinaus gezielt in Forschungsfelder der Zukunft. Sie sind zentraler Treiber gesellschaftlichen Fortschritts. Insofern engagieren wir uns da auch besonders. Die Haushaltsmittel für die Forschung steigen daher um rund 110,7 Millionen Euro auf 853,7 Millionen Euro.

Mit dem neuen wettbewerblichen Förderinstrument für themenoffene Forschung können neue Forschungsprofile stärker gebildet und bereits bestehende Netzwerke entsprechend ausgerichtet werden. Auch das steigern wir im kommenden Jahr wieder um 15 Millionen Euro. Bis 2025 sind dann insgesamt 134 Millionen Euro eingeplant.

Herr Bell, da werden wir nicht zusammenkommen. Ich habe eine völlig andere Vorstellung von Forschungsförderung. Darin werde ich auch täglich in meinen Gesprächen mit Forschern bestätigt. Sie müssen dort fördern, wo großartige eigene neue Ansätze entstehen. Sie können den Forschern nicht vorschreiben: Du forschst jetzt mal dazu! – So funktioniert es nicht.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Gestatten Sie mir noch eine letzte Bemerkung zu einigen weiteren zukunftsweisenden Forschungsvorhaben. Das Jülicher Forschungszentrum wird mit 125 Millionen Euro unterstützt, wenn es darum geht, sich am Aufbau eines europäischen Höchstleistungsrechners zu beteiligen. Wir haben das fantastische CCCE in Köln und Essen, das Zentrum für Tumorerkrankungen, das wir mit weiteren 27,5 Millionen Euro für Baumaßnahmen fördern, und das schon genannte CAIS, das wir mit dem nächsten Haushalt auch dauerhaft institutionell fördern.

Das Gleiche tun wir bei der Fortentwicklung des Weiterbildungsgesetzes. Nach der Novellierung werden wir die Zukunftsfähigkeit der gemeinwohlorientierten Weiterbildung unterstützen und sie neu und bedarfsgerecht nicht nur einrichten, sondern vor allen Dingen auch finanzieren. Auch dafür sind 10 Millionen Euro vorgesehen.

Das war eine kleine Parforcetour durch den Wissenschaftshaushalt. Trotz aller Mäkelei denke ich, dass wir hier ziemlich gut aufgestellt sind. Nordrhein-Westfalen spielt wieder an der Spitze der deutschen Bundesländer im Bereich der Universitäten mit. Das war, als ich hierherkam, noch nicht so. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Frau Ministerin Pfeiffer-Poensgen. – Die Landesregierung hat ihre Redezeit ein wenig überzogen. Wird seitens der Fraktionen noch einmal das Wort gewünscht? – Das ist augenscheinlich nicht der Fall.

(Jochen Ott [SPD]: Wir sind alle schon eingeschlüfert!)

Dann kommen wir jetzt zum Höhepunkt des heutigen Tages. Dafür lüpfte ich auch kurz meine Maske. – Ach, das ist schon schön, ohne Maske.

(Jochen Ott [SPD]: Du bist auch viel schöner so!)

Mal sehen, wann das wiederkommt. – Aber wir sollten jetzt die anstehenden 20 Abstimmungen ...

(Zuruf: 20?)

– 20, Frau Kollegin.

... gemeinsam so fröhlich wie möglich durchführen.

Ich beginne einmal damit, dass wir zunächst die Aussprache zu Teil b), Wissenschaft und Weiterbildung, beenden, was hiermit geschehen ist, und die Abstimmung aufrufen.

Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 17/15706, den Einzelplan 06 unverändert anzunehmen.

Erstens stimmen wir über den **Änderungsantrag** der Fraktionen der CDU und der FDP **Drucksache 17/15695** ab. Wer möchte diesem Änderungsantrag zustimmen? – CDU, FDP und die Grünen stimmen zu. Wer stimmt dagegen? – Die SPD stimmt dagegen. Wer enthält sich? – Bei Enthaltung der AfD-Fraktion ist dieser Änderungsantrag mit den Stimmen von CDU, FDP und Grünen gegen die Stimmen der SPD **angenommen**.

Zweitens stimmen wir über den **Änderungsantrag** der Fraktionen der CDU und der FDP **Drucksache 17/15696** ab. Wer stimmt dieser Änderung zu? – CDU, FDP und Grüne stimmen zu. Wer stimmt dagegen? – Niemand. Wer enthält sich? – Bei Enthaltung von SPD und AfD ist dieser Änderungsantrag einstimmig **angenommen**.

Drittens stimmen wir über den **Änderungsantrag** der Fraktionen der CDU und der FDP **Drucksache 17/15697** – Neudruck – ab. Wer stimmt dieser Änderung zu? – CDU, FDP und Grüne stimmen zu. Wer stimmt dagegen? – Niemand. Wer enthält sich? – Bei Enthaltung von SPD und AfD ist auch dieser Änderungsantrag einstimmig **angenommen**.

Viertens stimmen wir über den **Änderungsantrag** der Fraktionen der CDU und der FDP **Drucksache 17/15698** ab. Wer stimmt dieser Änderung zu? – CDU, FDP und Grüne stimmen zu. Wer stimmt dagegen? – Niemand. Enthält sich jemand? – Bei Enthaltung von SPD und AfD ist dieser Änderungsantrag einstimmig **angenommen**.

Fünftens stimmen wir über den **Änderungsantrag** der Fraktionen der CDU und der FDP **Drucksache 17/15699** ab. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – CDU, FDP und Grüne stimmen wiederum zu. Wer stimmt dagegen? – Niemand. Wer enthält sich? – Bei Enthaltung von SPD und AfD ist auch dieser Änderungsantrag einstimmig **angenommen**.

Sechstens stimmen wir über den **Änderungsantrag** der Fraktionen der CDU und der FDP **Drucksache 17/15715** ab. Wer stimmt dem zu? – CDU, FDP, Grüne und AfD stimmen zu. Wer stimmt dagegen? – Niemand. Wer enthält sich? – Bei Enthaltung der SPD-Fraktion ist dieser Änderungsantrag einstimmig **angenommen**.

Siebtens stimmen wir über den **Änderungsantrag** der Fraktionen der CDU und der FDP **Drucksache 17/15721** ab. Wer stimmt dem zu? – CDU, FDP, Grüne und AfD stimmen zu. Wer stimmt dagegen? – Niemand. Wer enthält sich? – Die SPD enthält sich. Damit ist auch diese Änderung einstimmig **angenommen**.

Achtens stimmen wir über den **Änderungsantrag** der Fraktionen der CDU und der FDP **Drucksache 17/15722** ab. Wer stimmt dem zu? – CDU, FDP, Grüne und AfD. Wer stimmt dagegen? – Niemand. Wer enthält sich? – Bei Enthaltung der SPD-Fraktion ist auch dieser Antrag einstimmig **angenommen**.

Neuntens stimmen wir über den Einzelplan 06, Ministerium für Kultur und Wissenschaft, ab, und zwar in der soeben geänderten Fassung, also nicht über die Beschlussempfehlung. Wer stimmt dem nun so geänderten Einzelplan 06 hiermit zu? – CDU und FDP. Wer stimmt dagegen? – SPD, Grüne und AfD stimmen dagegen. Gibt es Enthaltungen? – Enthaltungen gibt es nicht. Damit ist der **Einzelplan 06 in zweiter Lesung** – da wir in Fraktionsstärke abstimmen – **angenommen**.

Ich rufe die nächsten Abstimmungen auf. Mit dem Ende der Haushaltsberatungen kommen wir nun nämlich zu den Abstimmungen, die noch nachzuholen sind, und zwar über den Einzelplan 20, über den wir bereits gestern die Aussprache durchgeführt haben,

(Wolfgang Jörg [SPD]: Können wir nicht mal eine Pause machen?)

sowie die dazugehörigen Änderungsanträge der AfD – das sind die Drucksachen 17/15748 bis 17/15752 – und den dazugehörigen Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP Drucksache 17/15737 – Neudruck.

Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 17/15720, den Einzelplan 20 unverändert anzunehmen.

Wir stimmen erstens über den **Änderungsantrag** der AfD **Drucksache 17/15748** ab. Wer stimmt dem zu? – Die AfD-Fraktion. Wer stimmt dagegen? – CDU, SPD, FDP und Grüne stimmen dagegen. Gibt es Enthaltungen? – Enthaltungen gibt es nicht. Damit ist der Antrag mit den Stimmen der Mehrheit des Hohen Hauses **abgelehnt**.

Wir stimmen zweitens über den Änderungsantrag der Fraktion der AfD Drucksache 17/15749 ab. Wer

stimmt dem zu? – Die AfD-Fraktion. Wer stimmt dagegen? – SPD, Grüne und FDP stimmen dagegen. Wer enthält sich?

(Zuruf von der CDU: Wir haben dagegegengestimmt! – Heiterkeit)

– Ihr habt schon dagegegengestimmt? Aber ohne es zu zeigen.

(Heiterkeit – Zurufe von der CDU)

– Einzelne, nicht? – Herr Hovenjürgen, was ist denn da in Ihrem Computer so Interessantes?

(Josef Hovenjürgen [CDU] dreht das Display seines Tablets in Richtung des Präsidiums. – Heiterkeit)

Bei der Abstimmung über den **Änderungsantrag** der AfD **Drucksache 17/15749** ist also die AfD dafür, und alle anderen sind dagegen. Habe ich das so richtig vernommen? – Ja. Gibt es Enthaltungen? – Enthaltungen sehe ich nicht. Damit ist auch dieser Änderungsantrag **abgelehnt**.

Wir stimmen drittens über den Änderungsantrag der AfD-Fraktion Drucksache 17/15750 ab. Wer möchte dem zustimmen? – Die AfD-Fraktion. Wer stimmt dagegen?

(Deutliche Handzeichen und Heiterkeit von der CDU, der SPD, der FDP und den GRÜNEN – Josef Hovenjürgen [CDU] hebt beide Arme.)

– Danke schön. Guck mal, es geht doch und tut auch ein bisschen gut, nicht wahr? Man kann die Hand zwischendurch auch wechseln. Wir akzeptieren hier oben jede Seite, die hochgeht. Wir sehen das ja auch von der anderen Seite. Insofern ist das richtig interessant. Viel Spaß beim weiteren Abstimmen!

(Heiterkeit)

Die Lage ist trotz allem eindeutig: Die AfD hat dafür gestimmt. Alle anderen haben dagegegengestimmt. Enthaltungen gab es nicht. Damit ist auch dieser **Änderungsantrag Drucksache 17/15750** **abgelehnt**.

Wir stimmen viertens über den **Änderungsantrag** der AfD **Drucksache 17/15751** ab. Wer möchte dem zustimmen? – Die AfD-Fraktion. Wer möchte dagegegengestimmen? – Die übrigen Fraktionen stimmen dagegen. Gibt es Enthaltungen? – Enthaltungen sehe ich nicht. Dann ist dieser Antrag mit den Stimmen der Mehrheit des Hohen Hauses **abgelehnt**.

Wir stimmen fünftens über den **Änderungsantrag** der AfD-Fraktion **Drucksache 17/15752** ab. Wer möchte dem zustimmen? – Die AfD-Fraktion. Wer stimmt dagegen? – Wiederum alle anderen Fraktionen. Gibt es Enthaltungen? – Enthaltungen sehen wir nicht. Damit ist auch hier so entschieden wie bei den vorigen Anträgen: Der Antrag ist **abgelehnt**.